Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 5. Oktober 1926
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

5. 10. a

65. Jahrgang
Nr. 465

Zum Tage

Senator Karaway aus Arkansas hat amerikanische Kriegergräber in Frankreich besucht und auf ihren Kreuzen beleidigende Kreidekritzeleien gefunden. So stark sei der Haß gegen die Amerikaner. Der Senator will im Parlament zu Washington beantragen, daß die amerikanischen Toten aus der französischen Erde ausgegraben und in ihrer Heimat zur letzten Ruhe gebettet werden. Die französische Botschaft in Washington wendet sich in einer Kundgebung gegen diese Absicht Karaways. Sie erklärt die Vorwürfe des Senators zwar nicht für ganz unberechtigt, aber für übertrieben. Eifervolle Besorgnis spricht aus der französischen Rechtfertigung. Denn auch andere amerikanische Politiker sind mit höchst ungünstigen Eindrücken aus Frankreich zurückgekehrt. Sie pflegen allerdings in ihren entrüsteten Kundgebungen nicht von der amerikanerfeindlichen Stimmung in Frankreich, sondern in Europa zu reden. Das ist eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung. Auf Deutschland paßt sie ganz und gar nicht und für England hat sie auch keine Geltung mehr. Selbst in Frankreich dürfte mit der augenblicklichen Besserung der Währungszustände und dem Zurücktreten der valutastarken Fremden inzwischen bereits eine Wandlung zum besseren eingetreten sein. Trotzdem ist vom Europäerstandpunkt aus noch einiges zu den französischen Gehässigkeitsdokumenten zu sagen, die der amerikanische Besucher zu seiner Bestürzung auf den Grabmälern seiner Landsleute vorfand. Und zwar ist die Sache nicht abgetan durch die Feststellung, daß Frankreich das einzige kriegführende Land war, in dem der Haß gegen den Feind auch vor dem Grab nicht haltmachte. Sondern an die Mitschuld der anderen mit Frankreich verbündeten oder befreundeten Völker muß erinnert werden. War das von der englischen Propaganda aufgenommene Leichenfettmärchen etwas anderes als eine ungeheuerliche Leichenschändung im Geiste? Und war das zustimmende Schweigen, mit dem das Ausland die merkwürdigerweise von der französischen und belgischen Propaganda verbreiteten Abbildungen von rachsüchtig zerstörten deutschen Kriegerfriedhöfen aufnahm, nicht eine Aufstachelung der allerniedrigsten Haßtriebe? Morel hat die Kriegsschuldlüge als „das zerstörende Gift" bezeichnet. Auch die Kriegsgreuellügen verdienen diese Bezeichnung. Wie tief das Gift sich eingefressen hat und wie gefährlich stark es noch nachwirkt, das zeigen die schmähenden Kritzeleien an den amerikanischen Gräbern, die doch nur den Niederschlag einer Unmutsaufwallung gegen eine verbündet gewesene Nation darstellen. Sie sind Verwilderungsmerkmale, die nicht Anlaß zu entrüsteten Vorwürfen gegen ein ganzes Volk geben sollten, sondern als Weckruf für die ganze gesittete Welt empfunden werden müssen. Denn die aus der Kriegszeit nachwirkende Begriffsverwirrung äußert sich noch alle Tage. Man tut gut, auch auf ihre weniger krassen Erscheinungsformen zu achten. Zu ihnen rechnen wir das Verfahren der französischen Presse, über die deutschen Notschreie wegen der blutigen Ausschreitungen von Besatzungsangehörigen hinwegzugehen mit dem seltsamen Gegenvorwurf: das seien nur die Beschwerden von deutschen „Nationalisten". Dieser sinnlose Wortgebrauch ist ein Nachklang aus der Zeit der Kriegspropaganda. Er paßt nicht mehr in ein Europa, in dem ehrlich an der Wiederannäherung der Völker gearbeitet wird.

*

Die Eigenartigkeit der Lage, in der sich die tschechische Regierung Czerny befindet, besteht darin, daß sie überhaupt keine politische Beweglichkeit entwickelt, sondern lediglich verwaltet. Jede Angelegenheit, die irgendwie in die „Politik" gehört, wird von ihr vertagt. Dazu ist auch die Frage zu zählen, welches Programm sie habe und was sie durchzuführen plane, wenn sie nicht fortgeschickt wird. Diese Beamtenregierung ist völlig zum Exekutivorgan der Parteien geworden und, da noch gar nicht überblickt wird, welche Parteien „ganz bestimmt" regierungsfreundlich und welche Opposition werden, so sind den Beamten, die nach ihrem „Regieren" wieder Beamte werden und bleiben wollen, die Hände gebunden und ist ihnen jede Initiative genommen. Die Regierung Czerny wartet — wartet, ob sie bleiben darf oder gehen muß und welcher politischen Gruppierung sie dienen werde. Währenddessen leidet schließlich auch die Verwaltung unter dieser Unsicherheit der Persönlichkeiten und Handlungen auf Regierungsseite, abgesehen davon, daß dieses Abhängen von parteimäßigen Konstellationen zu offensichtlich ist, als daß das Zutrauen zur Regierung nicht darunter leiden würde. Wenn es also Herrn Svehla gelingt, seine augenblickliche politische Laune durchzusetzen, wird die Regierung Czerny gehen, sonst darf sie „verwalten", mehr aber nicht. Und sollte eine andere Beamtenregierung kommen, würde sie auch nicht regieren, sondern müßte dem oligarchischen System Rechnung tragen oder ihm den Kampf ansagen. Dafür aber sind hier die Dinge wie die Menschen noch lange nicht ausgereift.

Die Lage in Hamburg

mk. **Hamburg**, 5. 10. (Eigenbericht)

In der gestrigen Sitzung der Hafenarbeiter wurde in geheimer Abstimmung über die Entschließung des Hafenbetriebsrats, die Abbruch des Streiks empfahl, abgestimmt. Die notwendige Mehrheit für die Fortführung des Streiks hat sich — wie bereits gemeldet — nicht ergeben.

Für heute hat die Streikleitung zu einer Urabstimmung in neun verschiedenen Lokalen aufgefordert. Ferner wurde beschlossen, eine Arbeiterdelegation ins Reichsarbeitsministerium zu entsenden, die aufs neue die Verhandlungen aufnehmen soll.

Der Hafen zeigte heute morgen dasselbe Bild der Vortage. Die Arbeiter stehen in großen Scharen umher und diskutieren über den Stand der Dinge, und es wird eifrig über die Ausgabe der von radikaler Seite zur Verteilung kommenden Flugblätter gesprochen.

---

kbg. **Wien**, 5. 10. (Eigenbericht.) Zwischen Oesterreich und Italien ist gestern der radiotelegraphische Verkehr eröffnet worden.

Untersuchung des Falles Germersheim

Das französische Verfahren Deutsche als Zeugen

a. **Paris**, 5. 10. (Eigenbericht)

Zu dem Zwischenfall von Germersheim wird mitgeteilt, daß General Guillaumat, der Kommandant der französischen Rheinarmee, dem Kriegsminister im Einvernehmen mit dem französischen Oberkommissar für das Rheinland bekanntgegeben habe, daß er den Berichterstatter des Kriegsgerichts von Landau eingeladen habe, den deutscherseits mit der Führung der Untersuchung beauftragten deutschen Beamten sowie die von ihm genannten Personen als Zeugen zu vernehmen. Das wäre die einzige Art französisch-deutscher Zusammenarbeit, die in Aussicht genommen werden könne. Der Reichskommissar habe diesem Verfahren zugestimmt. Zurzeit befinde sich die Angelegenheit im rein juristischen Stadium. Die Untersuchung werde alles Notwendige ergeben. Sie werde von absoluter Unparteilichkeit getragen sein.

*

Das französische Artillerieregiment, das aus Germersheim nach Verdun abgerückt ist, wurde dort mit großen Feierlichkeiten empfangen. Der Bürgermeister hielt dabei eine Begrüßungsrede, in deren Verlauf er auf die angeblichen „Machenschaften der deutschen Nationalisten" anspielte. Diese Vorgänge zeigten, wie der Redner ausführte, daß in Deutschland ein Geisteszustand herrsche, der Besorgnis errege. Er zeige, daß, während Frankreich seine Hand dem Gegner von gestern in loyaler Weise entgegenstrecke, es in Deutschland noch Bürgermeister und Bevölkerungsschichten gebe, deren „Arroganz und Provokationslust" nicht nachgelassen habe.

Der Herr Bürgermeister, der offenbar seinem Kollegen von Germersheim eine Antwort schuldig zu sein glaubt, versicherte zum Schluß, daß Frankreich gegenüber einem Nachbarn, dessen „aggressive Absichten" offen zutage träten, in seiner Wachsamkeit nicht nachlassen dürfe.

Anklageerhebung gegen deutsche Zeugen

m. **Germersheim**, 5. 10. (Eigenbericht)

Das französische Kriegsgericht Landau, das die Untersuchung über die Bluttat des Leutnants Rouzier führt, hat nunmehr auch gegen die drei Begleiter des unter falscher Anschuldigung **verhafteten Schuhmachers Willi Holzmann, den** Geschäftsführer Beißmann, den Schlosser Schardt und Fritz Klein Anklage wegen tätlichen Angriffs auf einen französischen Offizier erhoben, um die einzigen Tatzeugen der Bluttat des Rouzier am Ludwigstor auszuschalten. Die drei deutschen Zeugen haben übereinstimmend mit den Aussagen des verhafteten Holzmann bei ihrer Vernehmung durch die deutschen Behörden unter Eid die Tat des Rouzier so dargestellt, wie wir bereits mehrfach gemeldet haben. Diese eidlich erhärteten Tatsachen haben Holzmann, Beißmann, Schardt und Fritz Klein schon bei ihrer ersten Vernehmung durch die französische Gendarmerie am Tage nach der Tat angegeben und haben ihre Aussagen auch bei dem Verhör vor dem französischen Kriegsgerichtsrat am Freitag, den 1. Oktober in Landau gegenüber der falschen Anschuldigung des. Rouzier, er sei von den Deutschen angegriffen worden und es sei ihm dabei seine Brille entzwei geschlagen worden, mit aller Bestimmtheit aufrechterhalten.

Nach dem bisherig enVerlaufe der französischen Untersuchung besteht nicht der geringste Zweifel, daß alle Tatzeugen der Bluttat unter Anklage gestellt werden sollen und daß nach dieser bei der französischen Militärjustiz üblichen Methode alle deutschen Zeugen mundtot gemacht werden, so daß nur die unrichtigen Aussagen des Leutnants Rouziers bei der Kriegsgerichtsverhandlung übrigbleiben werden.

Ein Zwischenfall in Neustadt

Paris, 5. 10.

Die französischen Blätter berichten von einem Zwischenfall in Neustadt a. d. Hardt. Uebereinstimmend melden die Zeitungen, daß am 4. Oktober ein deutscher Zivilist in einem Restaurant der Friedrichstraße mit einem französischen Unteroffizier vom 12. Fliegerregiment Namens Audigeu in einen Streit geriet, in dessen Verlauf der Deutsche den Franzosen mit einem Dolchstoß in die Herzgegend verletzt habe.

*

Von zuständiger Stelle in Neustadt verlautet, daß der Fall psychologisch noch gar nicht geklärt ist. Der Deutsche Namens Krauter, der infolge einer Kriegsverletzung sein Universitätsstudium aufgeben mußte, hat im Verlauf seiner Unterhaltung mit den Franzosen diese nach ihrer Meinung über den Germersheimer Zwischenfall befragt. Es ist möglich, daß er sich in dem angetrunkenen Zustand, in dem er sich befand, wobei seine Kopfverletzung zu berücksichtigen wäre, dazu hat hinreißen lassen, für die Germersheimer Zwischenfälle an einem der beiden Franzosen Rache zu nehmen. Wie verlautet, befand sich Krauter am Montag nicht mehr in Neustadt. Die Erhebungen zur Aufklärung des Vorfalls sind im Gange. Man nimmt deutscherseits an, daß es sich um einen psychopathisch zu beurteilenden Fall handelt.

Schweres Grubenunglück in Tennessee

New York, 5. 10.

In der Nähe von Rockwood (Tennessee) hat sich in einer Kohlengrube der Roane-Gesellschaft eine Explosion ereignet. Eine größere Anzahl von Bergleuten ist durch die Explosion eingeschlossen worden. In der Grube waren zur Zeit des Unglücks 65 Bergleute beschäftigt. Eine sofort abgesandte Rettungsmannschaft hat bereits mehrere Leichen geborgen. Man befürchtet, daß sämtliche bei der Explosion verschütteten Bergleute getötet worden sind.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Rumäniens Außenpolitik

General Averescu und Minister Mitilineu vor der Presse

x. **Bukarest**, 5. 10. (Eigenbericht)

Unter den in letzter Zeit in ungewohnt reicher Zahl abgegebenen Erklärungen verantwortlicher rumänischer Politiker kommt besondere Bedeutung den Mitteilungen zu, die Außenminister Jean Mitilineu vor geladenen Pressevertretern abgab. Nachdem er sich über den diplomatischen

Erfolg Rumäniens in Genf

geäußert hatte (Wahl in den Völkerbundsrat und Wahl des Rumänen Titulescu zum Präsidenten der finanziellen Unterkommission), bestätigte er, daß Ministerpräsident Averescu mit Außenminister Stresemann eine politische Unterredung gehabt habe und daß die zwischen Deutschland und Rumänien noch schwebenden Streitfragen, vor allem der Einlösung der Banca Generala-Banknoten, in Bälde eine friedliche Beilegung erfahren würden. Er hob hervor, daß Deutschland sein Wohlwollen gegen Rumänien auch dadurch bewiesen habe, daß es ihm seine Stimme zur Wahl in den Völkerbundsrat gegeben habe. **„Nachdem zwischen Deutschland und Frankreich ein Einvernehmen erzielt wurde, ist es für alle Staaten notwendig, die normalen Beziehungen zu Deutschland in kürzester Zeit herzustellen."**

Ueber den Vertrag mit Italien

äußerte Mitilineu, daß er im Sinne des Art. 16 des Völkerbundspaktes zur Erhaltung des status quo abgeschlossen wurde. Ausführlicher verbreitete sich über diesen Punkt General Averescu selbst, der schon bei einer früheren Gelegenheit erklärt hatte, die von rumänischer Seite an dem Vertrag geübte Kritik entspringe in ihrem ganzen Umfange innerpolitischer Demagogie. Er widerlegte die Auffassung, daß der Vertrag einseitig den Interessen Italiens diene. Was Bessarabien anbelange, so „gehört dieses tatsächlich und rechtlich zu Rumänien. Unser Anspruch stützt sich nicht auf die Ratifizierung oder Nichtratifizierung des Pariser Protokolls aus dem Jahre 1920, sondern auf den Beschluß des bessarabischen Landesrates als der legitimen Vertretung dieser Provinz". **Ueberdies stellte Averescu in sichere Aussicht, daß Italien das Pariser Protokoll ratifizieren werde.**

*

x. **Bukarest**, 5. 10. (Eigenbericht)

Die Regierung Averescu steht vor einer Umbildung, die voraussichtlich kurz nach dem 10. Oktober stattfinden wird. Diese Umbildung, die drei Minister und mehrere Staatssekretäre betreffen soll, vollzieht sich nicht unter dem Druck der gegenwärtigen politischen Lage, sondern wird schon seit Monaten vorbereitet. Als neue Minister werden genannt: Hannibal Teodorescu, gegenwärtig Bukarester Oberbürgermeister, General Rascanu und T. Burileanu; unter den Ausscheidenden werden sich voraussichtlich zwei Siebenbürger befinden, darunter gewiß Finanzminister Lapedatu, mit dessen Amtsführung Averescu unzufrieden ist, weil Lapedatu unter dem Druck der wirtschaftskräftigen liberalen Partei deren alte Fiskalpolitik fortsetzt.

Averescu wird die nominelle Leitung des Finanzressorts selbst übernehmen; die fachliche Beratung wird dem gegenwärtigen Staatssekretär Manoilescu zufallen.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Prof. Jorga, der bei der Fusion der siebenbürgischen Nationalpartei mit den Tzaranisten aus dem neuen Verband ausschied, gegen Ueberlassung eines Ministerpostens in die Regierung eintreten wird.

Die Stellung der Regierung Averescu, die nach der Unterzeichnung des italienischen Vertrags von den Liberalen bedroht erschien, ist durch die national-tzaranistische Fusion stärker geworden, da die Liberalen es eher vorziehen werden, dem General Bewährungsfrist zu geben, als den „Verräter Stere" zur Macht gelangen zu sehen.

Russisch-rumänische Grenzkommission

x. **Bukarest**, 4. 10. (Eigenbericht)

Am 20. Oktober wird die russisch-rumänische Grenzzentralkommission in Mohilew oder Odessa zu Verhandlungen zusammentreten. Der Entscheidung der Zentralkommission, die einmal jährlich abwechselnd auf rumänischem oder russischem Gebiete zusammentritt, unterliegen die von den Unterkommissionen nicht gelösten Zwischenfälle. Nach einer Information der „Dimineatza" werden in diesem Jahre von rumänischer Seite Beunruhigungen zur Sprache gebracht werden, denen die rumänische Grenzbevölkerung durch russische Banden mehrfach ausgesetzt war. Außerdem soll beraten werden, wie man die häufigen Grenzüberschreitungen verdächtiger Elemente sowohl von russischer wie auch von rumänischer Seite künftig unmöglich machen kann.

Ein „historisches Urteil"

a. **Paris**, 5. 10. (Eigenbericht)

Der „Figaro" schreibt heute, Stresemann bestehe darauf, auf die Schuldfrage zurückzukommen. Er verlange eine Ueberprüfung der Angelegenheit. Er wünsche ein Urteil. Welchen wichtigeren Zeugen könne Deutschland beibringen als Italien, das zum Dreibund gehört habe und das nach Prüfung seiner internationalen Verpflichtungen in der Nacht vom 1. und 2. August 1914 ein „historisches Urteil" gefällt habe.

*

sx. **London**, 5. 10. (Eigenbericht)

Der belgische Schatzminister Francqui, der über das Wochenende hier mit englischen und amerikanischen Bankiers über die Währungsanleihe verhandelte, ist gestern nach Brüssel zurückgekehrt. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, sollen aber günstig fortgeschritten sein.

Reichspräsident v. Hindenburg und Reichskanzler Marx werden im Laufe des Mittwoch von ihrem Urlaub wieder in Berlin eintreffen und am Abend an dem zu Ehren des englischen Botschafters Lord d'Abernon stattfindenden Abschiedsessen teilnehmen.

Spanien und die Revision des Tangerstatuts

Nur Verhandlungen mit Frankreich und England

a. **Paris**, 5. 10. (Eigenbericht)

Aus Madrid wird zur Frage der Revision des Tangerstatuts gemeldet, Spanien wünsche, daß sich die Verhandlungen ausschließlich zwischen Spanien, Frankreich und England abspielten. Der spanische Botschafter in Paris, Quinones de Leon, begibt sich nach Madrid, um dort die Instruktionen für diese französisch-englisch-spanischen Verhandlungen entgegenzunehmen. Ein spanisches Kommuniqué spielt auf die Möglichkeit dieser exklusiven Verhandlungen der drei Nationen an und sagt, es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß, wenn Spaniens Verlangen auf die Protektoratszone zurückgewiesen würde, ein Verlangen, das vom Recht und von der Notwendigkeit diktiert werde, in keiner Weise aber Egoismus und von Eigenliebe, dann Spanien das Problem in einer Form zur Debatte stellen würde, die seine endgültige Lösung gestatte.

Die spanische Botschaft in Paris dementiert in aller Form die gestern im Auslande aufgetauchten Gerüchte von einer drohenden Revolution in Spanien. Im ganzen Lande herrsche Ruhe.

Ein Hochschulvortrag Mussolinis

fr. **Mailand**, 5. 10. (Eigenbericht)

In der Hochschule für Ausländer, die in Perugia in diesem Sommer eröffnet worden ist, wird Mussolini heute einen Vortrag über „Die Seeherrschaft Roms im Altertum" halten. In den Zeitungen wird jetzt schon ein Abschnitt aus dieser Abhandlung gebracht, der den Kampf um die Hegemonie im westlichen Mittelmeer bis zum ersten punischen Kriege schildert.

*

Graf Volpi hat den Gesetzentwurf, der die Erhöhung von Zollsätzen und Zollzuschlägen auf dem Verwaltungswege bringt, jetzt an die Kammer gelangen lassen und mit einem Kommentar versehen, in dem die Notwendigkeit der Einfuhrbeschränkung im Interesse der Währungsgesundung noch einmal klargelegt wird. Es wird betont, daß die „Ermächtigung „nur vorübergehender Natur" sei. Bekanntlich sind Volpis Versprechungen immer etwas zweifelhafter Natur, da eine weitgehende Ermächtigung leicht zur Gewohnheit für den Ausübenden wird. Man findet dann regelmäßig, daß die normalen Verhältnisse noch nicht zuruckgekehrt sind.

Die Franziskusfeier in Assisi

fr. **Mailand**, 5. 10. (Eigenbericht)

Das franziskanische Jahr hat in diesen Tagen seinen Höhepunkt erlebt. Der Papst hatte seinen Kardinallegaten, Kardinal Merry del Val, entsandt, der in einem Sonderzuge fuhr, unterwegs auf jedem Halt mit Militärmusik und Ehrenkompagnien geehrt und bei seiner Ankunft in Assisi von geistlichen und weltlichen Würdenträgern empfangen wurde. Die Militärmusik intonierte dazu die Papsthymne. Der Kardinallegat hatte durch päpstlichen Breve das Recht erhalten, auf dem päpstlichen Throne zu sitzen und den päpstlichen Segen zu erteilen. „Bring meine Umarmung allen, die in Assisi versammelt sind", hatte der Papst seinem Legaten als Geleitwort mit auf den Weg gegeben. In der Kirche wurde die päpstliche Bulle verlesen, die die Erinnerungsfeiern schloß. Bei den Ansprachen kam es zu einem Zwischenfall. Der General des Minoritenordens, Prälat Orlic, hatte daran erinnert, daß die Päpste in früheren Jahrhundertfeiern zur Anbetung immer nach Assisi gekommen waren, und damit auf die Gefangenschaft des Papstes im Vatikan angespielt. Der Kardinallegat lenkte ein, indem er sagte, daß der Papst immer gegenwärtig sei, wo der Ruhm der Kirche verkündet würde. Am Sonntagabend ist auch der Unterrichtsminister als Vertreter der Regierung in Assisi eingetroffen und hat an einer Aufführung der Franziskus-Legende teilgenommen. In ganz Italien wurden gestern unter Mitwirkung der staatlichen und militärischen Behörden kirchliche Feiern veranstaltet. Im Mailänder Dom bildete bei der Kardinalmesse Militär mit aufgepflanztem Seitengewehr Spalier und präsentierte bei der Segenspendung.

Die Opposition in Rußland an der Arbeit

Moskau, 5. 10. (Tel.-Agentur d. Sowjetunion)

Die Oppositionsführer Sinowjew, Trotzki, Radek, Pjatakow, Smilga und Sapronow begaben sich trotz der Beschlüsse der kommunistischen Partei über die Unzulässigkeit von Diskussionen über die Partei in die Moskauer Fabrik Avio pri bor, um dort eine Diskussion einzuleiten. Die kommunistischen Arbeiter dieser Fabrik bezeichneten dies als eine fraktionelle Handlungsweise der Opposition und nahmen eine Entschließung an, die das Auftreten der Oppositionsführer verurteilte. Das Moskauer Komitee forderte das Zentralkomitee auf, gegen die Mitglieder des Zentralkomitees, die die Parteibeschlüsse verletzt haben, einzuschreiten.

Tod des Kulmer Bischofs

Danzig, 5. 10.

In Pelplin ist der Bischof der Kulmer Diözese, Dr. August Rosentreter, im Alter von 82 Jahren gestorben. Bischof Rosentreter hat sich weit über den Kreis seiner Diözese hinaus eines großen Ansehens und der Anerkennung auch bei den Angehörigen anderer Konfessionen erfreut. Seine letzten Lebensjahre haben ihm schwere Enttäuschungen gebracht, so vor allem die Abtretung seines kirchlichen Gebietes an Polen und die heftigen indirekten Angriffe der polnischen Presse gegen ihn als deutschen Katholiken.

Ausbau der englischen Luftflotte

a. **Paris**, 5. 10. (Eigenbericht)

Eine wahre Friedensmeldung kommt aus London. Danach hat die englische Regierung einen geheimen Wettbewerb zwischen mehreren Konstrukteuren von Flugzeugen angestellt und nach dem Ergebnis eine Flotte von 50 großen Bombardementsmaschinen in Auftrag gegeben. Die neuen Apparate sollen mit 160 Kilometer Geschwindigkeit fliegen und eine Höhe von 6000 Metern erreichen.

Die Beilegung des Hongkong-Boykotts

Neue Schwierigkeiten Neue Zwischenfälle

sx. **London**, 5. 10. (Eigenbericht!)

Bei der Beilegung des Hongkong-Boykotts sind neue Schwierigkeiten entstanden. Die Kantonregierung hat die Erhebung der neuen Ueberzölle den bisherigen Streikposten übertragen, anstatt, wie es vertragsmäßig hätte der Fall sein müssen, die Erhebung dieser neuen Zölle durch die Organe der chinesischen Seezollverwaltung vornehmen zu lassen.

Es ist zu weiteren Zwischenfällen gekommen. Nach einer bei der amerikanischen Gesandtschaft in Peking verspätet eingegangenen Meldung sind am 29. September in der Provinz Hunan drei amerikanische Missionare verschleppt worden. Die Gesandtschaft hat das Staatsdepartement in Washington informiert und Schritte zur Freigabe sind eingeleitet worden. Nach japanischen Meldungen haben die Kantontruppen in der Nähe von Icheng zwei japanische Dampfer auf dem Yangtse beschossen. Ein chinesischer Fahrgast ist verwundet worden. Sonstige Verluste sind nicht gemeldet worden.

In Kanton fand eine Massenversammlung der Streikposten statt, die die Wiedereinführung des Boykotts von der Regierung verlangte. Der kantonesische Außenminister hat den ausländischen Konsuln mitgeteilt, daß Schiffe zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht bis Whampoa gehen sollten, da dort der Kriegszustand erklärt worden sei. Die Kantonregierung sei in Schwierigkeiten wegen Aufhebung des Boykotts.

Die Plünderung der Stadt Chor chia kou

Durch chinesische Banditen

Schanghai, 5. 10. (Sonderdienst der DAZ)

Der Korrespondent der „North China Daily News" in Kaifeng sendet seinem Blatt den ersten authentischen Bericht über die Plünderung der Stadt Chor chia kou in Honan. Er gibt ein Bild von den unbeschreiblichen Leiden der chinesischen Bevölkerung zwischen dem 17. und 23. September. Zurzeit befinden sich nur noch drei Missionare in der Stadt, die übrigen wurden verschleppt. Der Korrespondent schreibt: „Die Banditen entführten Frauen und Kinder in so großer Zahl, daß sie sie nicht ernähren konnten und Hunderte unterwegs auf den Landstraßen liegen ließen. Die Straßen der Umgebung von Chor chia kou sind mit Toten und Kranken übersät. Der Pastor Ho von der chinesischen Inlandsmission wurde schwer mißhandelt und mit rotglühendem Eisen gemartert." Die „North China Daily News" hält die Gelegenheit für das Einschreiten der Mächte gekommen. Die chinesische Masse leide schwer unter den Akten ihrer eigenen Militaristen, gegen die sie sich nicht wehren könnte.

Paneuropa-Tagung

kbg. **Wien**, 5. 10. (Eigenbericht)

Die Paneuropa-Tagung tritt heute in den dritten Beratungstag mit der sogenannten geistigen Tagesordnung. Coudenhove wird über den „Europäischen Geist" sprechen.

Aus den bisherigen Referaten seien noch erwähnt die Ausführungen des gewesenen ungarischen Außenministers Dr. Graz, der über „Paneuropa im Lichte der internationalen Rechtsentwicklung" sprach, und u. a. sagte: Der Weg zum paneuropäischen Bunde werde erst gebahnt sein, wenn die Gleichheit der Staaten allgemein anerkannt sei, wozu die Schaffung einer internationalen Organisation erforderlich sei. Der Wiener Schriftsteller Rudolf Goldscheidt verlangte ein föderatives Europa im Rahmen des Völkerbundes. Der bekannte Geigenvirtuose Bronislaw Hubermann gab der Meinung Ausdruck, daß die einzelnen Probleme vom gesamteuropäischen Fragenkomplex nicht zeitlich gesondert behandelt werden dürften. Eine Zollunion sei undurchführbar ohne gleichzeitige politische Union. Der griechische Minister und Völkerbunddelegierte Politis erwartet, daß Paneuropa dem Völkerbunde ein Arbeitsgefährte sein werde. Auch Graf Cudenhove ergriff wieder zu längeren Ausführungen über die programmatischen Ziele der Paneuropa-Bewegung das Wort.

Die Wertbestimmung der Einfuhrscheine

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags beschloß die Aufhebung des Gesetzes über Wertbestimmung der Einfuhrscheine. Zur Frage der Erhöhung des Zuckerzolles faßte er noch keine materiellen Beschlüsse. Die Linksparteien protestierten überhaupt gegen die Beratung dieser Materie. Der Ausschuß trat durch Mehrheitsbeschluß auf Antrag der Rechten trotzdem in die Beratung ein. Ein Vertreter der Reichsregierung teilte mit, daß die Regierung eine abschließende Stellung noch nicht eingenommen habe. Der Sozialdemokrat Dr. Herz erklärte, daß seine Partei nicht daran denke, die Frage des Zuckerzolles jetzt durch Initiative der Rechtsregierung aufrollen zu lassen. Demgegenüber stellte der Vorsitzende Perlitius (Zentr.) fest, daß die Mehrheit des Ausschusses eine erneute Behandlung des Zuckerzolles durch Initiative der Reichsregierung wünsche.

Der Ausschuß nahm im übrigen vertrauliche Mitteilungen der Reichsregierung über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen entgegen.

*

Im Femeausschuß des Preußischen Landtags wurde am Dienstag das Protokoll über die Aussagen des Abgeordneten Jahnke verlesen, die er seinerzeit in nichtöffentlicher Sitzung gemacht hat. Jahnke wiederholt danach seine früheren Aussagen, daß er an Femesitzungen nicht teilgenommen und mit Femeorganisationen nicht in Verbindung gestanden habe. Er habe vor allem auch nicht eine Sitzung mitgemacht, in der etwa über die Ermordung Stresemanns, Severings und Eberts beraten worden sei. Auch an Sitzungen, die Pläne über die Umbildung der Regierung nach der Einstellung des passiven Widerstandes zum Gegenstand hatten, sei er nicht beteiligt gewesen.

Europa?

Von
Berthold Molden

Den Exzessen des Nationalismus, der sich im Weltkrieg und mehr noch in den Friedensverträgen ausgetobt hat, folgt notwendigerweise ein Rückschlag. Wenn einmal Rußland und Amerika gleichfalls Mitglieder werden, so wird der Völkerbund alle Interessen und Strömungen in sich vereinigen, und vielleicht wird dann ihre Diagonale tatsächlich die für die allgemeine Entwicklung günstigste Linie ergeben. Jetzt ist überdies zu einem hoffnungsvollen Schlagwort das Wort „Europa" geworden, in dem sich ausdrückt, daß Versöhnung, Verständigung, Uebereinstimmung unserem zerwühlten Erdteil dringend vonnöten ist. Welchen Inhalt jedoch das Schlagwort haben soll, darüber kann man sehr verschiedener Meinung sein. Handelt es sich nur um die Schaffung einer Sinnesrichtung, die das Verhalten zu beeinflussen hätte, und soll diese Sinnesrichtung auch den Geist der Abwehr gegen außen in sich schließen? Oder soll ein Bund innerhalb des Völkerbundes geschaffen werden, der ja sogar militärische Allianzen seiner Mitglieder kennt? Und wenn ein Bund, soll es ein Bund sein, der nach dem allerdings wenig passenden amerikanischen Vorbild den Namen „Vereinigte Staaten von Europa" trägt? Soll es, wie der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel befürwortet, dahin kommen, daß innerhalb Europas die staatlichen Grenzen an Bedeutung verlieren, was also unter anderem gemeinsame Zollpolitik und sprachliche Gleichberechtigung innerhalb jedes Staates voraussetzt? Und soll der Bund alles umfassen, was geographisch zu Europa gehört, oder, wie der Vorkämpfer der sogenannten paneuropäischen, in Wirklichkeit kleineuropäischen Bewegung, Dr. Coudenhove-Kalergi immer wieder verkündigt, Enland und Rußland außerhalb seiner Grenzen lassen?

Sagen wir gleich, daß dieser Gedanke Coudenhoves vom deutschen Standpunkt aus unannehmbar ist, da er unsere Nation zwischen eine Mehrheit einzwängen würde, die kaum geneigt wäre, sie, sei es vor, sei es nach der Konstituierung eines solchen Bundes, aus der politisch inferioren Stellung zu befreien, in die Deutschland, Oesterreich und die Volksgenossen in den losgerissenen Gebieten versetzt worden sind. So groß man sich die Kraft des Gemeingedankens vorstellen mag, so wird sie doch nicht hinreichen, das Hängen an den wirklichen oder vermeintlichen Vorteilen, die sie auf unsere Kosten erreicht haben, zu überwinden, wenn nicht von dritter Seite so nachdrücklich eingewirkt wird, wie dies nur eine Großmacht vermag. Diese Vorteile erscheinen überdies als Schutzmittel gegen die gefürchtete Stärke des deutschen Volkes, und auch in Locarno hat sich ja Frankreich mit Deutschland nur verständigt, weil England die Bürgschaft übernahm. Die französischen Anhänger eines freundschaftlichen und gerechten Verhältnisses zum deutschen Volke werden schwächer oder stärker sein (und was von Frankreich gilt, stimmt auch für Polen, die Tschechoslowakei, Italien usw.), je nachdem Deutschland auf kontinentale Beziehungen allein angewiesen ist oder nicht. Ganz abgesehen also davon, daß England, Deutschland und Frankreich den Kern Europas bilden, ist ein vorwiegend nichtgermanisches Kleineuropa ungeeignet, uns das zu bieten, was wir fordern müssen. Nun wird uns freilich gesagt, daß das Britische Reich kein eigentlich europäisches Staatswesen mehr sei, daß es zu viel außereuropäische Interessen habe und in eine europäische Zollvereinigung nicht hineinpasse. Mag sein, aber damit wäre nur bewiesen, daß man aus dem europäischen Gedanken eben nicht alle Folgerungen ziehen kann, die eine Anzahl seiner Bekenner aus ihm ziehen will. Die Frage wird, wie alle Fragen, die sich aus dem Gegenstande ergeben, auf dem paneuropäischen Kongreß, der vom 3. bis zum 6. Oktober in Wien tagt, voraussichtlich eingehend erörtert werden.

Das Zustandekommen des Kongresses bleibt unter allen Umständen ein Erfolg Coudenhoves und ein Beweis für die agitatorische Kraft des Gedankens. Dr. Seipel wird ihn eröffnen, Reichstagspräsident Löbe wird unter denen sein, die einleitende Worte sprechen, Männer von Rang und Ansehen, darunter Caillaux und Benesch, haben das Ehrenpräsidium übernommen, wenn sie auch nicht persönlich erschienen sind. Und auf der Liste der Teilnehmer stehen bekannte, ja berühmte Namen aus der Alten und aus der Neuen Welt. Der europäische Gedanke wird dadurch sicherlich gefördert und vertieft werden.

Viele meinen, daß Europa wirtschaftlich zusammengefaßt werden müsse, damit es sich gegen die wirtschaftliche Gewalt Amerikas verteidigen könne, und diese gelangen dann von selbst zu dem Plan eines Kleineuropas. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß eine solche Union aus idealen Gründen entstehe, und daß sie eher entstehe, wenn materielle Erwägungen alle Einzelstaaten dazu nötigen. Länder mit zurückgebliebener Industrie pflegen alle ihre Kräfte anzustrengen, um sie zu entwickeln, und lehnen es daher ab, sich mit industriell hochstehenden Ländern zollpolitisch zusammenzuschließen, auch wenn sie dafür gewisse agrarische Vorteile eintauschen können. Man kann sich zwar mit Zwischenzöllen und Vorzugszöllen helfen, aber dann bleibt eben doch die Zollhoheit und bleibt die volle Bedeutung der Grenzen bestehen. Wenn Einigungen sich vollziehen, so sind es partielle zwischen gewissen Produktionszweigen, oder es einigen sich solche Staaten, die voneinander weniger zu fürchten haben als von der Konkurrenz der anderen, so daß sich möglicherweise zunächst Gruppen innerhalb Europas bilden werden. Die augenblickliche gegenseitige Absperrung, die überall lediglich einer Minderheit von Interessenten zugute kommt, wird sich zwar auf die Dauer nicht halten, aber bis zu ihrem Abbau wird der unmittelbaren Nützlichkeit eine größere Rolle zufallen als dem europäischen Gedanken — es wäre denn, daß das verarmte Europa und jedes seiner Völker sich durch die Uebermacht Amerikas so bedrängt fühlen würde, daß dieser Gedanke zwangsmäßig den Inhalt bekäme: Schutz gegen Amerika. Daraus würde sich freilich auch ein verschärfter Kampf um die südamerikanischen und